

Antrag 26/I/2026

OV Glienicke/Nordbahn, OV Hohen Neuendorf, OV Mühlenbecker Land

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

Gründung einer landeseigenen Gesellschaft für Betrieb und Verwaltung von Altenpflegeheimen prüfen

1 Der Landesparteitag fordert die
2 SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg auf, zu beraten, inwie-
3 weit eine landeseigene Gesell-
4 schaft zum Betrieb und zur Ver-
5 waltung von Altenpflegeheimen
6 gegründet werden kann.

7 Ziel einer solchen Gesellschaft
8 soll es sein,
9

10 1. bezahlbare Pflege für pfle-
11 gebedürftige Menschen si-
12 cherzustellen und die stetig
13 steigenden Eigenanteile für
14 Bewohner*innen von Alten-
15 pflegeheimen wirksam zu
16 begrenzen,

17 2. Spekulationen mit Pflege-
18 immobilien und renditege-
19 triebene Geschäftsmodelle
20 im Bereich der stationären
21 Altenpflege einzudämmen,

22 3. Pflegeheime ohne Gewinn-
23 und Renditeorientierung zu
24 betreiben und Überschüsse
25 ausschließlich zur Quali-

nicht leistbar/nicht bezahlbar/ge-
hört auf Kreisebene

tätsverbesserung, Perso-
nalbindung und Entlastung
der Pflegebedürftigen zu
verwenden,

4. die soziale Verantwortung
des Landes im Hinblick auf
den demografischen Wan-
del und den steigenden
Pflegebedarf noch stärker
wahrzunehmen.

Begründung

Die stationäre Altenpflege steht
vor enormen Herausforderun-
gen. Der demografische Wandel
führt zu einer wachsenden Zahl
pflegebedürftiger Menschen,
während die Eigenanteile für Be-
wohner*innen von Pflegeheimen
in den vergangenen Jahren stark
gestiegen sind. Für viele ältere
Menschen und ihre Angehörigen
stellt dies eine erhebliche finan-
zielle Belastung dar, die häufig
bis zur Inanspruchnahme von
Sozialhilfe führt.

Gleichzeitig hat sich in den letz-
ten Jahren ein Markt entwickelt,
in dem Pflegeheime und ein-
zelne Pflegeplätze zunehmend
als Kapitalanlageobjekte gehan-
delt werden. Pflegeimmobilien
werden von privaten Investor*in-
nen mit Renditeerwartungen

60 erworben, während die daraus
61 resultierenden Kosten mittelbar
62 auf die Pflegebedürftigen und die
63 Sozialkassen abgewälzt werden.
64 Diese Entwicklung widerspricht
65 dem sozialstaatlichen Auftrag
66 der Daseinsvorsorge.

67 Pflege ist kein gewöhnliches Wirt-
68 schaftsgut. Sie betrifft die Würde,
69 Lebensqualität und soziale Teil-
70 habe älterer Menschen. Ein ren-
71 ditegetriebenes System steht da-
72 bei in einem strukturellen Span-
73 nungsverhältnis zu guter Pflege,
74 fairen Arbeitsbedingungen und
75 bezahlbaren Kosten.

76 Eine landeseigene Gesellschaft
77 zum Betrieb und zur Verwaltung
78 von Altenpflegeheimen könnte:

- 79 • Pflegeplätze zu transparen-
80 ten und kostendeckenden
81 Bedingungen anbieten,
- 82 • langfristig stabilisierend auf
83 den Pflegemarkt wirken,
- 84 • als Benchmark für Quali-
85 tät, Personalstandards und
86 Kosten dienen,
- 87 • Kommunen entlasten und
88 neue Spielräume für sozial
89 gerechte Pflegepolitik eröff-
90 nen.

91 Die SPD steht historisch und pro-
92 grammatisch für eine starke öf-
93 fentliche Verantwortung in zen-

94 tralen Bereichen der Daseinsvor-
95 Sorge. Angesichts des demografi-
96 schen Wandels ist es notwendig,
97 neue Wege zu gehen, um Pflege
98 solidarisch, bezahlbar und men-
99 schenwürdig zu organisieren.

100 Der Landesparteitag fordert
101 daher die SPD-Landtagsfraktion
102 und die SPD-geführte Landes-
103 regierung auf, die rechtlichen,
104 wirtschaftlichen und organisa-
105 torischen Voraussetzungen für
106 eine solche landeseigene Gesell-
107 schaft sorgfältig zu prüfen und
108 dem Landtag entsprechende
109 Vorschläge zu unterbreiten.

110

111

112